

B E S C H L U S S

über das Ergebnis der Sitzung des Ausschusses für Planung, Nachhaltigkeit und Mobilität am 12.03.2025 im Sitzungssaal des Kreishauses in Euskirchen, Jülicher Ring 32

TOP 13

Antrag zur Info 417/2025 und V 642/2025: Kreishaushalt 2025 – Maßnahmen zur Reduzierung der Kreisumlage im Bereich der in A 194/2025 Anspruch genommenen Fördermittel
Hier: Antrag der Fraktionen CDU, FDP und UWP

Die FDP-Fraktion führt aus, dass bereits ein Maßnahmenpaket eingebracht wurde, das zur Reduzierung des Kreishaushalts beitragen soll. Dieses Paket solle um die aufgezeigten Punkte ergänzt werden, da dort zusätzliches Einsparpotenzial gesehen werde. Die Fraktion betont, dass auch der globale Minderaufwand keine tatsächliche Kosteneinsparung darstelle. Die Punkte 3 bis 5, die den hiesigen Ausschuss betreffen, hätten sicherlich ihre Daseinsberechtigung, wenn die finanzielle Lage nicht so angespannt wäre. Viele Kommunen müssten aktuell über Steuererhöhungen diskutieren oder könnten eigene Maßnahmen nicht mehr durchführen. Die FDP-Fraktion bringe die Punkte 3 bis 5 daher als sinnvolle Einsparmöglichkeit über die bereits vorgeschlagenen Maßnahmen hinaus ein.

Die Verwaltung sichert zu, hierzu eine schriftliche Stellungnahme zum Kreisausschuss vorzulegen. Dennoch wolle die Verwaltung ihre Sichtweise kurz darlegen:

Punkt 5 – Klimaschutzkoordination: Die Verwaltung schließt sich der Forderung an, die Maßnahme mit nur einer Stelle umzusetzen, da ohnehin nur eine Stelle vom Fördergeber bewilligt werde. Der Kreis wolle nach Erhalt der Bewilligung mit den Kommunen bezüglich der Umsetzung der Maßnahmen in Kontakt treten.

Punkt 4 – Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes: Die Verwaltung führt aus, dass nach dem ursprünglich positiven Beschluss des Kreistages zur Fortführung des Klimaschutzkonzeptes bereits Förderanträge von der Verwaltung erarbeitet wurden. Es sei zu erwarten, dass eine Förderzusage in der zweiten Jahreshälfte 2025 eintreffe. Da die Maßnahmen drei Monate nach Bewilligung beginnen müssen, bittet die Verwaltung darum, die Maßnahme nicht vollständig ins Jahr 2026 zu verschieben. Um den Förderbescheid annehmen zu können, solle im Kreishaushalt 2025 eine Position von netto 1.500 Euro belassen werden, was eine Einnahmeposition von 3.500 Euro und einen Aufwand von 5.000 Euro darstelle. Die übrigen Mittel könnten nach 2026 verschoben werden.

Punkt 3 – Biodiversitätsstrategie: Die Verwaltung weist darauf hin, dass der positive Beschluss zur Umsetzung der Biodiversitätsstrategie bereits 2023 erwirkt wurde. Der Kreis habe zwischenzeitlich mit der Universität Bonn eine Projektskizze erarbeitet, die ein positives Votum erhalten habe. Die Maßnahme werde voraussichtlich aber nicht mehr in 2025 relevant werden. Die Verwaltung spricht sich dafür aus, das Projekt zu verschieben

und nicht zu streichen, da sechs Kommunen beteiligt seien. Die Maßnahme schaffe eine Grundlage für systematischere Naturschutzmaßnahmen in der Zukunft, auch für Kommunen, die Ausgleichsmaßnahmen durchführen müssen. Eine Streichung würde die Systematisierung und bereits bestehende Partnerschaften mit den Kommunen, den Schulen und der Universität gefährden.

Die FDP-Fraktion beantragt nach den Ausführungen der Verwaltung eine Verschiebung des Tagesordnungspunktes in den Kreisausschuss, da man die schriftliche Stellungnahme der Verwaltung abwarten möchte.

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN sieht die Streichung der drei Maßnahmen als rückwärtsgewandte Politik an. Sie habe kein Verständnis dafür, dass nach der Erfahrung der Flutkatastrophe 2021 der Schutz der Lebensgrundlagen nicht weiter vorangetrieben werde. Es handele sich hierbei um notwendige Maßnahmen.

Die SPD-Fraktion stellt dar, dass auch die Haushaltsauswirkungen berücksichtigt werden müssen. Daher schließe sich die SPD-Fraktion der Verschiebung in den Kreisausschuss an.

Die CDU-Fraktion bekräftigt die Antragstellung, da man überlegen müsse, wie die Haushaltssituation entlastet werden könne. Sie wendet sich an die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die bislang keine Einsparvorschläge eingebracht habe. Die CDU-Fraktion betont, dass die Notwendigkeit, Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen, nicht infrage gestellt werde. Man hoffe auf Gegenvorschläge für Einsparungen und weise den Vorwurf zurück.

Der Vorsitzende stellt die Verschiebung des Tagesordnungspunktes in den Kreisausschuss zu Abstimmung.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Der Ausschuss für Planung, Nachhaltigkeit und Mobilität stimmt der Verschiebung in den Kreisausschuss zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig